83. Jahrgang. № 351 Donnerstag, 20. Dezember 1923

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker
Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 15 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 15./12. bis 21./12. 1,1 Billion ℳ Einzelnummer 200 Milliarden ℳ | Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1spaltige 30 mm breite Zeile 30 ₰, für auswärts 35 ₰. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰, außerhalb 20 ₰, die 50 mm breite Reklamezeile 150 ₰, außerhalb 200 ₰. Offertengebühr 5 ₰. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Giacomo Puccini sagt: „RÖNISCH" ist ein herrliches Instrument, das meine vollste Zufriedenheit findet. Schönheit und Kraftfülle des Tones und elegante Spielart zeichnet diese Marke aus

Rönisch-Flügel und Pianos 24 Waisenhausstraße 24

Reichskonferenz der Ernährungsminister.

Graf Kanitz fordert Förderung der Erzeugung aus heimischer Scholle. — Die Industrieprodukte müssen billiger werden. — Die Brotversorgung für längere Zeit gesichert. — Koalitionskrise in Bayern. — Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten auf sozialistischen Antrag vertagt.

Die beginnende wirtschaftliche Entspannung.

Berlin, 19. Dez. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft traten am Dienstag unter dem Vorsitze des Reichsministers Grafen Kanitz die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister zu einer Beratung zusammen. Der Minister gab einen

Ueberblick über die Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten,

die zunächst zu ganz besonders schwierigen Verhältnissen und dann zu einer Entspannung geführt haben. **Er verwies auf den Verfall der Währung und der Kaufkraft der Bevölkerung, die bei dem Fehlen eines auch nur einigermaßen beständigen Zahlungsmittels und geordneten Zahlungsverkehrs um so mehr zu unhaltbaren Zuständen führten, als die Einrechnung eines Goldrisikobetrages bei den Zwischenstellen die Preise außerordentlich steigerten, obwohl die Produkte beim Erzeuger selbst, beim Landwirt, diese Preissteigerungen nicht mitmachten.** Der Minister verwies weiter auf die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, daß die Markenbrotversorgung zu einem außerordentlich ungünstigen Zeitpunkt ihr Ende fand, und auf die Verdienste, die die Reichsgetreidestelle und ihr Leiter, der Präsident Merz, sich bei der Bewältigung dieser Schwierigkeiten erworben haben. Die jetzt eingetretene

Entspannung

dürfte aber nicht dazu führen, den Umstand zu vergessen, daß die Ernährung der Bevölkerung nur durch die Zuschüsse aus dem Auslande sichergestellt werden, die bei der Finanzlage des Reiches nur auf dem Wege des Kredits beschafft werden konnten. Sie dürfe weiter nicht dazu führen, die Grundlagen unserer Ernährung, die Erzeugung aus heimischer Scholle zu vernachlässigen.

Es müsse alles getan werden, um die Produktion zu erhalten und zu erhöhen.

Dazu gehöre auch, daß die eingetretene Preissenkung in stärkerem Maße bei den Industrieprodukten Platz greife, weil sonst die Landwirtschaft in eine unerträgliche und für die Allgemeinheit schädliche Situation komme.

Die Verhandlungen der Konferenz betrafen zunächst die allgemeine, sowie

die Lage der Brotversorgung.

Hinsichtlich der Brotversorgung wurde in den einleitenden Referaten dargelegt, welche Mengen die Reichs-Getreidestelle in den letzten Monaten abgegeben hat. Die Mengen waren beträchtlich und gingen zeitweise über die Anforderungen während der Markenbrotversorgung hinaus. **Gegenwärtig verfügt die Reichs-Getreidestelle über einen Bestand, der für längere Zeit eine Gefährdung ausschließt.**

In der eingehenden Aussprache schlossen sich die Vertreter der Länder der Anerkennung für die Tätigkeit der Reichs-Getreidestelle an.

Von verschiedenen Seiten wurde unterstrichen, daß zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und Industrieprodukten ein ungesundes Verhältnis bestehe, das ausgeglichen werden müsse. Deshalb wurde gefordert, daß die Preiskontrolle fortgeführt werde, um einem neuen Anziehen der Preise entgegenzuwirken.

Der Vertreter Bayerns machte die Mitteilung, daß die Ausfuhrbeschränkung in Bayern in den nächsten Tagen beseitigt würde. Im weiteren Verlauf wurde die Fett- und Milchversorgung, sowie die Fleischversorgung und der Viehbestand behandelt. Die Lösung der für

die Milchversorgung

bestehenden Schwierigkeiten wird nach Auffassung der Konferenz nicht durch Verschärfung reichsgesetzlicher Bestimmungen herbeigeführt werden können. Vielmehr muß **durch angemessene Festsetzung von Milcherzeugerpreisen die Hebung der Milchproduktion auf die Friedenshöhe angestrebt werden.** Hingegen sei auf eine Verminderung der Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis für Milch und Butters hinzuwirken, der vorwiegend den Landesregierungen und den örtlichen Behörden zufällt.

Hinsichtlich der Fett- und Margarineversorgung ist zurzeit eine Entspannung eingetreten. **Bei der Abhängigkeit der Fettversorgung Deutschlands vom Auslande sei zur Sicherstellung der Versorgung die Inanspruchnahme ausländischer Kredite unbedingt notwendig.** Ein Referat über die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln bildete den Schluß der Verhandlungen. (W. T. B.)

Die Militärkontrolle als Druckmittel Poincarés.

Was bei dem jetzt eingeleiteten deutsch-französischen Meinungsaustausch, den man sehr mit Unrecht bereits zu Verhandlungen zu stempeln bemüht ist, eigentlich herauskommen kann, ist nach den fast auf der ganzen Linie abweisenden Antworten Frankreichs und Belgiens kaum noch fraglich. Klar ist nur, daß die Herstellung eines modus vivendi an Rhein und Ruhr die brennendste Frage des Augenblicks für Deutschland ist, aber ebenso klar ist es auch, daß Poincaré trotz grundsätzlicher Bereitschaft zu weiteren Besprechungen künftige Verhandlungen mit allen Mitteln erschwert. Dafür spricht nicht nur die Tatsache, daß Poincaré zur schriftlichen Methode, die notwendigerweise die Meinungsverschiedenheiten viel klarer herausarbeitet als sie überbrückt, zurückgekehrt ist, sondern das bezeugen noch viel einwandfreier die vielen Vorbehalte und Hindernisse, die er auftürmt und die kaum noch einen Punkt übrig lassen, über den er eigentlich verhandeln will. Und wenn er nicht jede Verhandlung von vornherein ablehnt, so will er einmal den Schein vermeiden, daß Frankreich nicht den guten Willen und die friedlichen Absichten hege, die seine Wortführer immer im Munde führen, anderseits hofft er, mit Hilfe derjenigen deutschen Kreise, die bei jeder gnädigen Geste Poincarés sofort die Lehren der ganzen bisherigen Entwicklung vergessen, und dort Ansätze zur Vernunft erblicken, wo es sich um taktische Manöver handelt, seine Ziele um so leichter zu erreichen. Er hat sich in dieser Rechnung kaum getäuscht. Denn obgleich das deutsche Auswärtige Amt mit seinem Skeptizismus nicht hinterm Berge hält, bemüht sich die demokratische Presse, die skeptische Rede Stresemanns am Sonntag als eine Entgleisung hinzustellen, stellt das „Berliner Tageblatt" trotz aller „Aber" Poincarés als Grundnote seiner Antwort das „Ja" in den Vordergrund, während die „Voss. Ztg." sogar infolge des „Fortschritts in den deutsch-französischen Beziehungen den politischen Horizont am Jahresschluß etwas lichter" sieht. Die französische Presse aber läßt keinen Zweifel darüber, daß wir von den Verhandlungen nichts zu erwarten haben. So betont der offiziöse „Temps", daß die Besatzungsmächte gute Gründe hätten, „die Reichtümer des Rheinlandes und des Ruhrgebiets nicht einzig und allein für die Wiedererhebung Deutschlands heranziehen zu lassen". Das „Oeuvre" aber zeichnet den Gang der Verhandlungen in folgender charakteristischer Weise: „Wird man vom Rheinland sprechen, so wird Poincaré erklären: Es gibt eine Rheinlandkommission. Wird man vom Ruhrgebiet sprechen, so wird er erklären: Die französisch-belgischen Besatzungsbehörden sind da, man braucht sich nur an sie zu wenden. Poincaré wird sich darauf beschränken, die Vorschläge der deutschen Regierung zu beseitigen, die auf die Errichtung eines modus vivendi in den besetzten Gebieten abzielen und sich nur mit der deutschen Regierung verständigen, um die Ausbeutung des Ruhrgebiets zu erleichtern." Man braucht dieser Kennzeichnung der Taktik Poincarés nichts hinzuzufügen. Er verschanzt sich hinter seinen Vorbehalten, die ihm jederzeit die Möglichkeit bieten, die Richtung der Verhandlungen zu bestimmen. Darüber hinaus aber hat er sich in der Frage der Militärkontrolle ein Sicherheitsventil geschaffen, das ihm zum mindesten die Handhabe gibt, die Verhandlungen sofort abzubrechen, wenn sie eine unerwünschte Wendung nehmen. Sollten die Verhandlungen aber irgendwie Aus-

Kabinettskrise in Bayern.

Das bayrische Ermächtigungsgesetz abgelehnt.

An der fehlenden Zweidrittelmehrheit gescheitert.

München, 19. Dez. **Im bayrischen Landtage erfolgte heute abend nach kurzen Erklärungen des Bauernbundführers Staedele und des Kommunisten Rendert, die sich gegen die Vorlage aussprachen, die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Abgegeben wurden 145 Stimmen, davon 91 für das Ermächtigungsgesetz und 54 dagegen. Da die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist, gilt das Gesetz als abgelehnt.** (W. T. B.)

*

In der der Abstimmung vorangegangenen Verhandlung legte Finanzminister **Dr. Krausneck** nochmals in kurzen eindringlichen Worten unter Hinweis auf die trostlose Finanzlage des Landes die Notwendigkeit rücksichtsloser Einzahlungen und größter Opferbereitschaft dar. Um schleunigst die notwendigen Maßnahmen durchzuführen, sei das Ermächtigungsgesetz eingebracht worden. **Es handele sich in dieser Stunde um Sein oder Nichtsein des Staates. Wehe denen, die das nicht erkennen, sie werden zur Verantwortung gezogen werden.** Unter allgemeiner Spannung wurden

die Erklärungen der Parteiführer

entgegengenommen. — Abg. Graf **Pestalozzi** erklärte für die Bayrische Volkspartei, daß sie dem Gesetze im ganzen Umfange zustimme. Auch vor der äußersten Konsequenz, der Landtagsauflösung und Anrufung der Entscheidung des Volkes, werde sie nicht zurückschrecken. Für die Sozialdemokraten erklärte Abg. **Timm**, daß ein solches Ermächtigungsgesetz nur einer Regierung bewilligt werden könne, zu der seine Partei das uneingeschränkte Vertrauen habe. Der Regierung Knilling könnten die Sozialdemokraten das Vertrauen nicht entgegenbringen. Auch sie schreckten vor der Landtagsauflösung nicht zurück. — Abg. **Hilpert** stimmte in einer Erklärung für die bayrische Mittel- und die Deutsche Volkspartei der Uebertragung der notwendigen Vollmachten an die Staatsregierung zu. Wenn das Gesetz falle, so werde scharfe Abrechnung mit denen gehalten werden, die aus parteipolitischen Rücksichten das Interesse des Volkes in den Boden getreten hätten. — Abg. Dr. **Dürr** (Dem.) erklärte für seine Fraktion, daß diese, trotzdem sie mit der Politik der bayrischen Regierung, insbesondere dem Reiche gegenüber, nicht in allen Dingen einverstanden sei, dem Ermächtigungsgesetze zustimme. — Nach kurzen Erklärungen des Bauernbundführers Staedele und des Kommunisten Anders, die sich gegen die Vorlage aussprachen, erfolgte die bereits gemeldete Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Die sozialistische Fraktion und der Bauernbund hatten geschlossen gegen das Gesetz gestimmt. **Nur der Wirtschaftsminister Wutzlhofer, der der Fraktion des Bauernbundes angehört, gab sein Votum für die Regierungsvorlage ab.**

Nach der Abstimmung erklärte Abg. Dr. Held für die Fraktion der Bayrischen Volkspartei, diese bedauere auf das tiefste, daß es nicht gelungen sei, die verfassungsmäßige Mehrheit für das Gesetz aufzubringen. **Die Bayrische Volkspartei werde alles tun, was geeignet erscheine, um den Staat vor dem völligen finanziellen und wirtschaftlichen Verfall zu bewahren und behalte sich vor, einen Appell an die Wähler zu richten durch einen Aufruf zur Auflösung des Landtages. Nach der Ablehnung des Gesetzes durch den Bauernbund gelte für seine Partei der Bauernbund als ausgeschieden aus der Koalition.** Der Präsident schlug hierauf vor, die nächste Sitzung am Donnerstag nachmittag abzuhalten. (W. T. B.)

Die Stellung Wutzlhofers gilt als erschüttert.

München, 19. Dez. Nach der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden der Bayrischen Volkspartei Abg. Held, daß der Bauernbund als aus der Koalition ausgeschieden zu betrachten sei, dürfte die Stellung des bayrischen Wirtschaftsministers Wutzlhofer im Kabinett erschüttert sein. (W. T. B.)

Dollar (Amtlich): 4200 Milliarden

An unsere Postbezieher!

Bestellen Sie sofort für Monat Januar 1924 Ihre Zeitung, damit keine Störung in der Lieferung eintritt. Für Bestellungen, die nach dem 25. Dezember aufgegeben werden, wird von der Post eine besondere Gebühr von

20 Goldpfennig

erhoben.

SLUB
Wir führen Wissen.